

Priorität vor dem Wirtschaftlichen ein, und angesichts des „alternativlosen Denkens“ der Neoliberalen eint hier die Überzeugung, dass „eine andere Welt möglich“ ist. Angesichts der liberalen Glaubensüberzeugung, die sich selbst den Anschein der Wissenschaft gibt, dass jegliche Form des Messianismus eine illusorische und gewaltbereite Ideologie sei, bringt der Altermundismus Teile der Gesellschaft, Subjekte und Aktionen miteinander in Verbindung, die aufgrund ihrer zahlenmäßigen Stärke und ihres weiteren Wachstums in der Welt effektiv in der Lage sind, Veränderungen zu bewirken.

² Das Weltforum für Theologie und Befreiung setzt sich nicht aus Kirchenvertretern zusammen, sondern aus akademischen und pastoralen Vereinigungen und Organisationen. Es ist ökumenisch organisiert und hat einen Ständigen Rat, der sich aus Vertretern von acht Institutionen zusammensetzt, welche das Forum zu Anfang unterstützten. Und es gibt ein internationales Beraterkomitee mit Vertretern von Institutionen oder Organisationen, die ihm weltweiten Zusammenhalt verleihen. Es gibt ein ständiges Sekretariat und eine Website: www.wftl.org.

Aus dem Portugiesischen übersetzt von Dr. Bruno Kern M.A.

Das Memorandum „Kirche 2011. Ein notwendiger Aufbruch“

Marianne Heimbach-Steins

„Wahrscheinlich bin ich ein paar Monate zu früh aus der Kirche ausgetreten. Trotzdem bin ich heute Abend fünfzig Kilometer gefahren, um hierher zu kommen. Jetzt frage ich mich, was wir denn tun können, damit überall in den Gemeinden über die Themen des Memorandums gesprochen wird ...“ - so eine Frau mittleren Alters bei einem Vortragsabend in einer norddeutschen Großstadt; eine Stimme von vielen, die verschiedene Tonlagen gleichzeitig zum Ausdruck bringt: tiefe Resignation, Skepsis und zugleich den dringenden Wunsch nach neuer Lebendigkeit in der katholischen Kirche.

Am 4. Februar 2011 wurde das Memorandum *Kirche 2011. Ein notwendiger Aufbruch* veröffentlicht, unterzeichnet von 144 Professorinnen und Professoren der katholischen Theologie aus den deutschsprachigen Ländern (bis zum Listenschluss am 6. März stieg die Zahl auf 309, davon 69 aus nicht-deutschsprachigen Ländern).¹ Damit reagieren die Unterzeichner auf die im Jahr 2010 aufgebrochene tiefe Krise der katholischen Kirche im deutschsprachigen Raum. Dass zahlreiche Fälle von sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen durch Priester und Ordensleute und jahrzehntelang praktizierte Vertuschungs- und Verdrängungsstrategien aufgedeckt wurden, hat Ventile geöffnet: Die Wirklichkeit sexueller Gewalt in der Kirche und das systematische „Handeln nach Kirchenraison“ (E. W. Böckenförde) zulasten der Opfer haben den Blick für die aufgestauten

strukturellen Probleme geschärft. Die kirchliche Öffentlichkeit wie Teile der Gesellschaft wurden für die Notwendigkeit sensibilisiert, die drängenden Fragen explizit zu bearbeiten.

Das Memorandum richtet sich „an alle, die es noch nicht aufgegeben haben, auf einen Neuanfang in der Kirche zu hoffen und sich dafür einzusetzen“. Es hat vielen, Priestern wie Laien, die Sprache zurückgegeben und sie ermutigt, sich selbst zu Wort zu melden. Ein großer Teil der theologischen Wissenschaftler/-innen in den deutschsprachigen Ländern setzte damit ein Signal für den vom Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), Erzbischof Robert Zollitsch, angekündigten Dialog² und benennt dafür Desiderate. Solches zu tun und zu begründen, gehört zur Verantwortung der Theologie. Das Memorandum selbst ist ein öffentlicher Zwischenruf – es *ruft* Wichtiges schlagwortartig *in Erinnerung* – und ist deshalb weder mit den Maßstäben einer theologischen Abhandlung noch am Neuheitswert der Botschaft zu messen. Wer das Genus des Textes ernst nimmt, wird leicht seine theologische Grundlinie erkennen: Zentraler Bezugspunkt ist das Evangelium, dem die Kirche verpflichtet ist. „Die Kirche ist kein Selbstzweck. Sie hat den Auftrag, den befreienden und liebenden Gott Jesu Christi allen Menschen zu verkünden. Das kann sie nur, wenn sie selbst ein Ort und eine glaubwürdige Zeugin des Evangeliums ist. Ihr Reden und Handeln, ihre Regeln und Strukturen – ihr ganzer Umgang mit den Menschen innerhalb und außerhalb der Kirche – stehen unter dem Anspruch, die Freiheit der Menschen als Geschöpfe Gottes anzuerkennen und zu fördern. [...] Die Freiheitsbotschaft des Evangeliums bildet den Maßstab für eine glaubwürdige Kirche, für ihr Handeln und ihre Sozialgestalt.“

Auf diesem Fundament werden Handlungsfelder benannt, die (seit Jahrzehnten) der Bearbeitung harren, für die Kohärenz kirchlicher Praxis erheblich sind und deren Nicht-Bearbeitung nicht nur die deutsche Ortskirche zunehmend lähmt. Dies den Unterzeichnern des Memorandums zur Last zu legen³, heißt den Feuermelder zum Brandstifter zu erklären. Gerade weil die Herausforderungen trotz guter theologischer Grundlagen teilweise nicht einmal in Arbeit genommen sind, müssen sie erneut zum Gegenstand des Dialogs werden: Das gilt für die Beteiligung der Gläubigen an wichtigen Entscheidungen ebenso wie für die defizitäre Rechtskultur der Kirche. Es gilt für die hilflosen Versuche, den Priestermangel durch Bildung von „XXL-Pfarreien“ zu „verwalten“: Um eine personennahe Seelsorge zu sichern, muss das Amt den Gemeinden dienen, nicht umgekehrt; deshalb braucht „die Kirche [...]

Marianne Heimbach-Steins, Dr. theol., geb. 1959, Habilitation im Fach Christliche Sozialwissenschaften/Christliche Sozialethik 1994 (Universität Münster), war von 1996 bis 2009 Professorin für Christliche Soziallehre und Allgemeine Religionssoziologie an der Universität Bamberg und ab 2004 dort auch Direktorin des Zentrums für Interreligiöse Studien. Seit 2009 ist sie Direktorin des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Universität Münster. Veröffentlichungen u.a.: „... nicht mehr Mann und Frau“ (Gal 3,28). Sozialethische Studien zu Geschlechterverhältnis und Geschlechtergerechtigkeit, Regensburg 2009; Religionsfreiheit. Ein Menschenrecht unter Druck, Paderborn 2011. Anschrift: Institut für Christliche Sozialwissenschaften, Hüfferstraße 27, 48149 Münster. E-mail: m.heimbach-steins@uni-muenster.de.

auch verheiratete Priester und Frauen im kirchlichen Amt“. Aus der Anerkennung der Gewissensfreiheit sind Konsequenzen für die kirchliche Haltung zu persönlichen Lebensentscheidungen zu ziehen; dass Liebe, Treue und Verantwortung in unterschiedlichen Lebensformen gelebt werden, ruft nach Konsequenzen im Umgang mit wiederverheirateten Geschiedenen und auch mit gleichgeschlechtlichen Paaren. Die Kirche kann ihre Versöhnungsbotschaft nur dann glaubwürdig anbieten, wenn sie sich der Sünde in ihren eigenen Reihen stellt, anstatt sie durch moralischen Rigorismus und Doppelmoral zu verschleiern. Schließlich ist die Liturgie nur dann „stimmig“, wenn Gottesdienst und konkrete Lebenserfahrung der Feiernden miteinander verknüpft werden; liturgischer Traditionalismus und Zentralismus stehen dem entgegen.

Das Memorandum ist der Selbstbesinnung der Kirche auf ihre Sendung und auf die Bedingungen der Möglichkeit verpflichtet, diese zu erfüllen. Der Aufruf trägt zur ernsthaften Arbeit an den benannten Aufgaben bei. Er setzt einen Anfang, dem weitere Schritte folgen müssen - seitens der Theologie vor allem Schritte der Argumentation und Differenzierung.⁴ Lange ist in Deutschland nicht so lebhaft öffentlich über theologische Fragen diskutiert worden.

Zentral dabei ist der Zusammenhang von Gottesglaube und Kirchenstrukturen. Im Selbstverständnis der katholischen Kirche hat die institutionelle Verfasstheit mehr als periphere Bedeutung; das lässt es nicht zu, die unbequemen Seiten dieses Konnexes mit dem „Glaubensschwund“ der modernen Gesellschaft wegzargumentieren. Es wird gefragt: „Wird die Kirche noch als ein Ort erfahren, an dem Gott öffentlich wirksam wird - nicht nur in der Ästhetik liturgischer Formen oder einer vagen Transzendenzsehnsucht, sondern auch in seiner befreienden Kraft?“⁵ Der Zusammenhang zwischen der Sozialgestalt der Kirche und der Möglichkeit, darin eine glaubwürdige Repräsentation der Botschaft Jesu zu entdecken, ist prekär geworden. Von dieser Einsicht könnte eine neue, nicht kulturpessimistische Auseinandersetzung mit der Gegenwartsgesellschaft ausgehen - im Sinne des mit *Gaudium et spes* vorgestellten Konzilsprogramms: Die Erfahrungen der Menschen in der Welt von heute (diese und keine anderen Menschen bilden heute die Kirche) werden als ein genuiner Ort der Inkarnation des Evangeliums entziffert. Die Kirche lässt sich auf diesen Entdeckungsprozess ein; sie erwartet die Chance *wechselseitigen* Lernens, will also im Erkennen der „Zeichen der Zeit“ (GS 4; 11) von der heutigen Gesellschaft auch selbst lernen (vgl. GS 43 und 44). Dies betrifft besonders die Haltung zur modernen Freiheitsgeschichte. Nicht durch Anpassung an die Gesellschaft, wohl aber durch eine offene Wahrnehmung der Lebensbedingungen und eine eher sympathische als abwehrende Hinwendung zu den Menschen, den Freiheitsgewinnen und Brüchen ihres Lebens, kann die Kirche lernen. Versäumt sie dies, wird sie immer weniger in der Lage sein, die Freiheitsbotschaft des Evangeliums glaubhaft zu bezeugen: „Die ‚Gotteskrise‘ sitzt unseres Erachtens nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch im Zentrum der Kirche selbst, weil vom Freiheitszutrauen, das Jesus den Menschen seiner Zeit entgegenbrachte, so wenig zu spüren ist.“⁶

Wohl niemand gibt sich der Illusion hin, dass die angesprochenen theologischen

und kirchenpraktischen Herausforderungen schnell und schmerzfrei gelöst werden können. Daran zu arbeiten, auch und gerade im Jahr des Papstbesuches in Deutschland, ist eine Aufgabe, der sich die Theologie gemeinsam mit allen Gläubigen stellt. Reformen werden, das lehrt die Kirchengeschichte, in der Regel in ortskirchlichen Zusammenhängen vorbereitet - manchmal über lange Zeiten hinweg, wie die Vorgeschichte des II. Vaticanums zeigt. Ohne die liturgische Bewegung, die ökumenische Bewegung, die „nouvelle théologie“ wäre das letzte Konzil nicht zu den Ergebnissen gekommen, die es heute zu sichern gilt.

Dass die Kirchenleitung auf das Memorandum zunächst vorsichtig reagiert hat, kann ein Zeichen dafür sein, dass die Dringlichkeit der Anliegen anerkannt wird, auch wenn die Form dieser Intervention - im Horizont der üblichen kirchlichen Kommunikationsstrukturen - irritiert haben mag. Der Sekretär der DBK, P. Hans Langendörfer, wertete das Memorandum als einen Beitrag zum Dialog, konstatierte, „in einer Reihe von Fragen“ stehe es „in Spannung zu theologischen Aussagen und kirchlichen Festlegungen von hoher Verbindlichkeit“, und verwies auf die bevorstehende Frühjahres-Vollversammlung der DBK, die eigene Vorschläge zum Dialog unterbreiten werde.⁷ Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende der DBK, Erzbischof Robert Zollitsch, in einem Zeitungsbeitrag.⁸ Einzelne Bischöfe kritisierten bestimmte Aussagen scharf, ohne aber Bezug auf die theologische Grundlinie zu nehmen. International traf das Memorandum auf ein unerwartet großes Interesse. Binnen weniger Tage lagen Übersetzungen in 12 Sprachen vor; die wenigsten waren von deutschen Theologen veranlasst. Zahlreiche Zuschriften aus verschiedenen europäischen, aber auch aus anderen Kontinentalkirchen bestätigen, dass die angesprochenen Herausforderungen keineswegs lokal so begrenzt sind, wie abwehrende Stimmen annehmen.

Wie es weitergeht, ist noch nicht absehbar. Das Memorandum ist nicht die Initialzündung einer organisierten Kampagne; es ist ein Anstoß, aus dem eine Bewegung werden kann. Im Zusammenwirken ihrer verschiedenen Akteure - den Gläubigen in Gemeinden und Verbänden, den Priestern und Diakonen, den Bischöfen und den Theolog/inn/en - könnte sich die Kirche wieder neu als eine Gemeinschaft mit unterschiedlichen Charismen wahrnehmen. Die Bischöfe, die Vertreter/inne/n des organisierten Laienkatholizismus und die theologischen Expert/inn/en sollten gemeinsam alle Möglichkeiten ausloten, den angekündigten Dialog offen und handlungsorientiert zu führen. Im Hinblick auf den Besuch Papst Benedikts XVI. in Deutschland gilt es, die drängenden Fragen als gemeinsame Aufgaben der Ortskirche und der römischen Kirchenleitung so vorzustellen, dass die gemeinsame Sorge um die Sendung der Kirche zum Ausgangspunkt der Verständigung auch über strittige Fragen wird. Als genuine Repräsentationen der Kirche Christi haben die Ortskirchen ebenso wie die römische Kirchenleitung eine Verantwortung. Sie kann nicht durch den Verweis auf „Rom“ als Entscheidungsinstanz suspendiert werden.

¹ Text, Unterzeichnerliste, Übersetzungen sowie weitere Hinweise sind unter www.memo-randum-freiheit.de abrufbar. Aus dem Memorandum wird ohne weitere Einzelbelege zitiert.

² Vgl. *Zukunft der Kirche - Kirche für die Zukunft. Plädoyer für eine pilgernde, hörende und dienende Kirche*. Impulsreferat von Erzbischof Dr. Robert Zollitsch bei der Herbst-Vollversammlung der DBK in Fulda, 20. September 2010, Bonn 2010.

³ So u.a. Walter Kard. Kasper, *Kommen wir zur Sache*, in: FAZ Nr. 35, 11. 2. 2011, S. 9.

⁴ Vgl. u.a. Marianne Heimbach-Steins u.a. (Hg.), *Kirche 2011: Ein notwendiger Aufbruch. Argumente zum Memorandum*, Freiburg 2011.

⁵ Hans Kessler/Eberhard Schockenhoff/Peter Walter, *Die Kirche steht sich selbst im Weg*, in: Frankfurter Rundschau, 24. 2. 2011 (www.fr-online.de/kultur/debatte/die-kirche-steht-sich-selbst-im-weg/-/1473340/7406240/-/index.html).

⁶ Ebd.

⁷ Pressemitteilung der DBK vom 4. 2. 2011. Die Vollversammlung der DBK tagt ab dem 14. März (also erst nach dem Redaktionsschluss dieses Heftes).

⁸ Robert Zollitsch, *Mängelliste des Glaubens*. Ein Memorandum deutscher Theologen ruft zur Reform des Katholizismus auf. Doch es greift zu kurz, findet Erzbischof Robert Zollitsch, in: Welt am Sonntag Nr. 8, 20. 2. 2011, S. 12.

Samuel Ruiz – jTatic und Glaubenszeuge des 20. Jahrhunderts

Juan Manuel Hurtado

Ein Mann, der Weichen gestellt hat

Samuel Ruiz (1924–2011), vierzig Jahre lang (1960–2000) Bischof von San Cristóbal de Las Casas, war ein Prophet und Glaubenszeuge des 20. Jahrhunderts. Viele Ereignisse prägten seine Persönlichkeit: seine Teilnahme an allen vier Sessionen des Zweiten Vatikanischen Konzils; die Tatsache, dass er sich in die Welt der Armen, der Mayas im Südosten Mexikos, hineinbegab; die kirchlichen Ereignisse von Melgar (Kolumbien) im Jahr 1968 und die Zweite Generalversammlung der lateinamerikanischen Bischöfe in Medellín, ebenfalls im Jahr 1968, an der er als Berichterstatter teilnahm; die Versammlung von Xicotepc (Mexiko) im Jahr 1970; der Kongress der Indigenas im Jahr 1974 anlässlich der 500-Jahr-Feier der Geburt des Bartolomé de Las Casas. Bei diesem Kongress (mit dessen Durchführung die Regierung von Chiapas Don Samuel und die Diözese San Cristóbal betraut hatte) brachten die indigenen Völker ihr Elend und ihre Sehnsüchte, ihr Leid und das Potenzial, das in ihnen steckt, zum Ausdruck. Im